

Datum: 31.05.2021

SGSA-Präsident Dr. Trümper fordert:

Städte und Gemeinden nicht einordnen in eine Reihe vieler Themen des Landtags

Städte- und Gemeindebund fordert besonderen Status

Magdeburg.- Nach einem eher ernüchternden Dialog mit den Landtagskandidaten fordert der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt einen besonderen Status für die Fragen der Kommunen. „Wir können es uns nicht leisten, dass der Landtag unsere Anliegen unter ‚ferner liefen‘ behandelt, weil sich das Sachsen-Anhalt nicht leisten kann“, betonte SGSA-Präsident Magdeburgs Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper heute in Magdeburg. „Die Städte und Gemeinden sind der Schlüssel für eine solide Landesentwicklung. Hier brauchen wir Investitionsperspektiven und die Finanzen, mit denen wir den gesellschaftlichen Kitt landesweit organisieren können“!

Wer freiwillige Feuerwehren haben will, müsse diese so ausstatten, dass sie ihren Aufgaben gerecht werden können, betonte der SGSA-Präsident weiter. Wer kommunales Ehrenamt haben wolle, müsse den Ratsmitgliedern ausreichend Handlungsspielraum geben. „Fünf Jahre Haushaltskonsolidierung ist keine Perspektive für einen ehrenamtlichen Kommunalpolitiker“, hob Trümper hervor. Kindergärten, Schulen, soziale Einrichtungen und vor allem Krankenhäuser stünden vor ganz neuen Herausforderungen, die klare Rechtsgrundlagen und solide Finanzen

brauchten. „Die Pandemie zeigt, dass es ohne eine funktionierende Kommunalverwaltung gar nicht geht! Gesundheitsämter, Ordnungsämter, Katastrophenschutz und viele andere Einrichtungen der Kommunen sind der Handlungsarm einer Landespolitik“, sagte Trümper.

Trümper betonte, dass auch die Kommunale Familie den finanziellen Druck, der auf Bund und Land lastet, nicht ignoriere. „Aber sich darauf zu berufen, dass das Geld auch beim Bund und beim Land knapp ist, fordert dort ebenfalls Ausgaben- disziplin“, meinte Trümper. „Dann kann Deutschland sich eben keinen Rechtsanspruch auf Ganztagschule für alle Grundschüler leisten. Und Sachsen-Anhalt kann nicht die Straßenausbaubeiträge abschaffen, ohne die Finanzen solide zu ordnen“, bekräftigte Trümper. „Das ist gegenüber dem Bürger eine ‚Weihnachtsmann-Politik‘, bei der doch jeder weiß, dass der Weihnachtsmann nur Geschenke bringen kann, die Vater oder Mutter ihm vorher zugesteckt haben“.

Mit Blick auf die Landtagswahl am kommenden Sonntag hob der Städte- und Gemeindebund noch einmal sieben besondere Schwerpunkte für die nächste Wahlperiode hervor:

1. Solide, langfristige Finanzausstattung der Kommunen;
2. Unterstützung bei der Digitalisierung der Verwaltungen;
3. Auskömmliche Finanzierung aller neuen Lasten;
4. Entbürokratisierung der Verwaltung, um das Ehrenamt zu stärken;
5. Neue Impulse für die Innenstädte;
6. Stärkung der Attraktivität des ländlichen Raums;
7. Zuverlässige Infrastruktur sowohl digital wie bei Investitionen.

Die Ergebnisse des Dialogs mit den Kandidaten sind in der Anlage zu dieser Pressemeldung kurz zusammengefasst.

Anlage zur Pressemeldung
vom 31.05.2021

Datum: 31.05.2021

Dialog mit den Landtagskandidatinnen und -kandidaten nur mäßig erfolgreich

Viele blieben Antworten auf die Fragen der Kommunen schuldig

Ein außergewöhnlicher Wahlkampf hinterlässt auch in der Kommunikation mit den Spitzenverbänden seine Spuren. Der SGSA hatte Mitte März 2021 damit begonnen, über seine Kreisverbände die Landtagskandidaten der im Landtag vertretenen Parteien anzusprechen und um Stellungnahme, zu den Erwartungen der Städte und Gemeinden an den Landtag der 8. Wahlperiode zu befragen. Regional haben die Kandidaten sehr unterschiedlich auf die Ansprache des Städte- und Gemeindebundes geantwortet. Während im Landkreis Mansfeld-Südharz und im Saalekreis jeweils ein halbes Dutzend Stellungnahmen eingegangen sind, hat etwa in Magdeburg nur ein Kandidat geantwortet, im Salzlandkreis kamen keine Antworten.

Insgesamt haben je 6 Kandidaten von CDU und der Partei Die LINKE, 4 Kandidaten der AfD, 3 Kandidaten von Bündnis 90/Die Grünen, 2 Kandidaten der SPD, eine Kandidatin, die Mitglied der Landesregierung ist, und ein Vertreter der Freien Wähler auf die Ansprache des SGSA reagiert. Die Landesparteien haben zudem auf ihre Wahlprogramme hingewiesen, die in Teilbereichen Aussagen zur Kommunalpolitik beinhalten. Ein Teil der Kandidaten hat die Passagen zu Kommunalen Fragen übersandt, die im Wesentlichen wortgleich sind.

Im Landkreis Harz fand am 25.05.2021 eine Präsenzveranstaltung von Bürgermeistern und fünf Kandidaten für den Landtag statt. In der großen Sporthalle von Ilsenburg wurden die Kandidatinnen und Kandidaten von Verbandsgemeindebürgermeisterin Ute Pesselt (Vorharz) und Bürgermeister Gerald Fröhlich (Nordharz) zu fünf Themen befragt. Die Bürgermeister hatten nach den Fragerunden ihrerseits die Chance, Rückfragen an die Landtagskandidaten zu stellen.

Die Kandidaten – von denen 2 Kandidaten auch im Hauptamt kommunalpolitisch tätig sind oder waren – zeigten sich einsichtig hinsichtlich der Finanzlage der Kommunen, der Lage bei den Feuerwehren und auch bei den Fragen nach Klimawandel und der Situation im Wald des Hochharzes. SGSA-Kreisvorsitzender Marcus Weise (Harzgerode) war zufrieden mit dem Dialog, kündigte aber ein waches Auge auf die Tätigkeit der Kandidaten an, sollten sie in den Landtag gewählt werden. „Wir werden sie an ihren Taten messen“, betonte Weise, „denn wir stehen im Harz vor gewaltigen Herausforderungen, für die wir starke Gemeinden brauchen“.